

Materialien

für die 3. Tagung
des 3. Stadtparteitages
am 8. Juni 2013

Veranstaltungssaal LVB,
Angerbrücke, Jahnallee 56

DIE LINKE.

Tagesordnung für die 3. Tagung des 3. Stadtparteitages

- 1
- 2 1. Eröffnung und Begrüßung
- 3 2. Konstituierung der 3. Tagung des 3. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
- 4 3. Referat des Vorsitzenden
- 5 4. Einbringung des Entwurfs der drogenpolitischen Leitlinien
- 6 5. Diskussion
- 7 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 8 7. Diskussion und Beschlussfassung der ordnungs- und sicherheitspolitischen Leitlinien
- 9 8. Jahresabrechnung Finanzen 2012
- 10 9. Vorstellung und Wahlen:
- 11 c. Nachwahl eines Mitgliedes des Stadtvorstandes – gemischte Liste
- 12 10. Anträge
- 13 11. Schlusswort

Zeitplan für die 3. Tagung des 3. Stadtparteitages

- 14
- 15 9:30 Uhr Eröffnung und Begrüßung
- 16 9:45 Uhr Konstituierung der 3. Tagung des 3. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
- 17 10:00 Uhr Referat des Vorsitzenden
- 18 10:30 Uhr Einbringung des Entwurfs der drogenpolitischen Leitlinien
- 19 10:40 Uhr Diskussion
- 20 12:30 Uhr Mittagspause
- 21 13:15 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 22 13:20 Uhr Diskussion und Beschlussfassung der ordnungs- und sicherheitspolitischen
- 23 Leitlinien
- 24 14:20 Uhr Jahresabschluss Finanzen 2012
- 25 14:35 Uhr Vorstellung und Wahl eines Mitgliedes des Stadtvorstandes – gemischte Liste
- 26 15:00 Uhr Anträge
- 27 15:45 Uhr Schlusswort

Geschäftsordnung 3. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig

- 1
2 1. Der Stadtparteitag wird durch die Tagungsleitung geleitet. Diese wird in offener Abstimmung mit
3 einfacher Mehrheit gewählt. Die Tagungsleitung besteht aus sechs Delegierten.
- 4 2. Die Mandatsprüfungs-, Redaktions- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit
5 einfacher Mehrheit gewählt.
- 6 3. Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Rechtmäßigkeit von Delegierungen.
7 Organisationen der Basis und Zusammenschlüssen, die den Frauenanteil (entsprechend der
8 Mindestquotierung von 50 %) nicht eingehalten haben, bleiben die den Frauen vorbehaltenen
9 Mandate unbesetzt. Organisationen der Basis, deren Frauenanteil bei weniger als 25 Prozent liegt,
10 können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.
- 11 4. Die Mandatsprüfungskommission stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie ist gegeben, wenn
12 entsprechend ihres Berichtes mindestens 50 % der Delegierten Frauen und mehr als 50 % der
13 Delegierten anwesend sind. Für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmeldelisten der
14 Mandatsprüfungskommission relevant.
- 15 5. Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem Stellvertreter/in sowie
16 mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann sie
17 Helfer/innen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Über den Abschluss von
18 Kandidatenlisten entscheidet nach Antrag der Tagungsleitung die Versammlung mit einfacher
19 Mehrheit.
- 20 6. Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und
21 schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.
- 22 7. Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem Zeitplan
23 geregelt. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während des Stadtparteitages
24 bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Delegierten. Antrag auf „Abschluss der Debatte“
25 können nur Delegierte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.
26 Vor dieser Abstimmung wird die Rednerliste verlesen.
- 27 8. Beschluss- und Rederecht haben die gewählten Delegierten. Mitglieder der Linksfraktion im
28 Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag sowie der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat,
29 Mitglieder des Bundes-, Landes- und Stadtvorstandes Leipzig DER LINKEN. haben Rederecht. Von
30 dem Stadtparteitag in Gremien oder als Delegierte zu Landes- und Bundesparteitagen gewählte
31 Mitglieder sind TeilnehmerInnen mit beratender Stimme, sofern sie nicht Delegierte sind.
- 32 9. Wortmeldungen sind schriftlich bei der Tagungsleitung einzureichen. Die Tagungsleitung erteilt
33 das Wort unter Berücksichtigung der Quotierung in der Reihenfolge der Wortmeldungen und kann
34 auch Gästen das Wort erteilen. Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt fünf Minuten.
35 Wird eine Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit
36 einfacher Mehrheit. Niemand kann innerhalb einer Debatte mehr als zweimal das Wort erhalten.
- 37 10. Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht
38 werden. Sie bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 15 Delegierten mit beschließender
39 Stimme. Zur Begründung des Antrages erhält der/die Antragsteller/in das Wort. Die Redezeit

40 beträgt drei Minuten. Vor der Abstimmung über einen Antrag kann ein/e Redner/in dagegen und
41 eine/r dafür sprechen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der
42 Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Delegierte können nach einer Abstimmung persönliche
43 Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei Anträgen auf eine begrenzte
44 Debatte sind Inhalt und Zeitdauer vorzuschlagen.

45 11. Anträge zur Geschäftsordnung können nur durch Delegierte mündlich gestellt werden. Das Wort
46 zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner erteilt. Vor der
47 Abstimmung erfolgen eine Für- und eine Gegenrede. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst
48 nach Abschluss der Behandlung des ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.

49 12. Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der
50 anwesenden Delegierten gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die
51 Abstimmung erfolgt durch Heben der Delegiertenkarte.

1 **Wahlordnung 3. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig**

- 2 1. In geheimer Wahl werden gewählt:
- 3 • die/der Vorsitzende des Stadtverbandes
- 4 • die zwei Stellvertreter/innen der/des Vorsitzenden
- 5 • der/die Schatzmeister/in
- 6 • die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes
- 7 • die Mitglieder der Finanzrevisionskommission • die Mitglieder der Schlichtungskommission
- 8 • die Delegierten zum Landes- und Bundesparteitag • die Vertreter/innen für den Landesrat
- 9 2. Wahlberechtigt sind die Delegierten zum 3. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Leipzig.
- 10 3. Die Aufstellung der Kandidierendenliste wird von der Tagungsleitung geleitet. Jede/r Delegierte hat das
- 11 Recht, Vorschläge zu unterbreiten oder sich selbst als KandidatIn vorzuschlagen.
- 12 4. Zur Wahl können auch Gäste vorgeschlagen werden, wenn sie Mitglied der Partei DIE LINKE. sind und dem
- 13 Stadtverband Leipzig angehören.
- 14 5. Wenn Mitglieder der Wahlkommission selbst zur Wahl stehen, scheiden sie aus der Wahlkommission aus.
- 15 Für ausgeschiedene Mitglieder ist für den Fall des Unterschreitens einer Mindestzahl von sieben Mitgliedern
- 16 der Wahlkommission umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.
- 17 6. Jede/r Delegierte hat das Recht, Fragen an die KandidatInnen zu stellen, die KandidatInnenvorschläge zu
- 18 unterstützen und Einwände zu erheben.
- 19 7. Bei begründeter Abwesenheit von KandidatInnen können Fragen zur Person durch eine Person des
- 20 Vertrauens beantwortet werden.
- 21 8. Zur Realisierung der Geschlechterquotierung ist zunächst ein erster Wahlgang für ausschließlich
- 22 Kandidatinnen durchzuführen. In einem zweiten allgemeinen Wahlgang mit weiblichen und männlichen
- 23 Kandidierende werden dann die restlichen Mandate vergeben. Als gewählt gelten die Kandidaten mit den
- 24 meisten Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist dann eine Stichwahl notwendig, wenn es um den jeweils letzten
- 25 zu vergebenden Platz geht. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder
- 26 umfasst. Für die Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine Jugendquote von 20 %.
- 27 Jugendliche in diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Innerhalb
- 28 dieser Jugendquote muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.
- 29 9. Die Delegierten verfügen bei jeder Wahl über so viele Stimmen, wie zu vergebende Plätze vorhanden sind.
- 30 Es müssen nicht alle Stimmen ausgeschöpft werden.
- 31 10. Bei der Wahl der/des Vorsitzenden gilt die/derjenige als gewählt, die/der mehr als 50 Prozent der
- 32 Stimmen der anwesenden Delegierten erhält. Sollte im ersten Wahlgang keine/r die absolute Mehrheit
- 33 erhalten, gehen die beiden bestplatzierten Kandidat/innen in einen zweiten Wahlgang mit Stichwahl
- 34 Charakter, bei dem der/die Kandidat/in mit den meisten Stimmen gewählt ist. Bei Stimmengleichheit finden
- 35 weitere Wahlgänge statt. Die Wahl der Stellvertreter/innen und des/der Schatzmeister/in erfolgt nach dem
- 36 gleichen Verfahren.
- 37 11. Die Wahl wird durch die vom Stadtparteitag gewählte Wahlkommission geleitet. Über jede durchgeführte
- 38 Wahl ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das vom Wahlleiter/Wahlleiterin und zwei Mitgliedern der
- 39 Wahlkommission und einem Vertreter der Versammlungsleitung zu unterzeichnen und in geeigneter Form zu
- 40 veröffentlichen ist.

Leitlinien Ordnung und Sicherheit der Partei DIE LINKE Stadtverband Leipzig

1. Zur Situation von Ordnung und Sicherheit in Leipzig

Seit Jahren ist Leipzig die sächsische Kriminalitätshauptstadt. Die einschlägigen offiziellen Statistiken belegen einen steten Anstieg von Kriminalitätsdelikten. Hingegen ist die Aufklärungsrate von Straftaten im Vergleich zu den anderen sächsischen Großstädten wesentlich geringer. Während Chemnitz hinsichtlich der Aufklärungsrate in einem bundesweiten Ranking den 3. Platz belegt, rangiert Leipzig erst an 31. Stelle. In unserer Stadt werden bislang lediglich 51 Prozent der Straftaten aufgeklärt, in Chemnitz sind es hingegen fast zwei Drittel.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn in repräsentativen Bürgerumfragen das Bedürfnis der Leipzigerinnen und Leipziger nach persönlicher Sicherheit inzwischen an erster Stelle rangiert. Obwohl Kriminalität alle Generationen betrifft und inzwischen wegen des demografischen Wandels auch stärker bei Älteren auftritt, ist sie jedoch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen überdurchschnittlich. Selbst Kinder werden mittlerweile zunehmend kriminell.

Für uns ist es zudem gerade in einer Stadt reicher Traditionen und Weltoffenheit erschreckend, dass Straftaten mit ausländerfeindlichem, rassistischem und rechtsextremistischem Hintergrund weiter zugenommen haben.

Dass diese Belastungen zu einer Einschränkung der Lebensqualität der in Leipzig Lebenden führen, liegt auf der Hand. Neben der Landespolitik ist daher auch die Kommunalpolitik gefordert, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und vor allem tragfähige Handlungsalternativen zu entwickeln.

Obwohl die Lage oft durch einseitige und tendenziöse Berichterstattung zusätzlich dramatisiert und von konservativen politischen Kreisen für ihre Zwecke missbraucht wird, bleibt sie dennoch Besorgnis erregend. Wir dürfen dieses so sensible Politikfeld, das die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bewegt, nicht der CDU überlassen, deren Rezepte sich gerade in Leipzig als völlig untauglich erwiesen haben. Wer, wie die Konservativen meinen, wachsende Kriminalität in erster Linie durch Verschärfung der Gesetze und durch rigoroseres Handeln von Polizei und Justiz zu

31 begegnen, wird vielleicht sogar bei Teilen der Bevölkerung scheinbar den Eindruck
32 eines größeren Sicherheitsgefühles hinterlassen, aber nie und nimmer zu den Wurzeln
33 zunehmender Kriminalität vordringen oder sie sogar beseitigen. Für DIE LINKE enden
34 solche Beschränkungen immer dort, wo es zu Eingriffen in Grund- und
35 Persönlichkeitsrechte, einhergehend mit einem gleichzeitigen Demokratieabbau kommt.

36 Für DIE LINKE steht Prävention eindeutig im Zentrum ihrer Ordnungs- und
37 Sicherheitspolitik. Auch wir sind für eine angemessene Präsenz von Polizei- und
38 Ordnungskräften vor Ort. Deshalb haben wir uns sowohl im Sächsischen Landtag als
39 auch im Leipziger Stadtrat stets gegen einen Abbau von bürgernahem
40 Sicherheitspersonal ausgesprochen und werden dies auch künftig mit aller Konsequenz
41 tun. Sicherheitspolitik bedarf zudem auf allen Ebenen einer breiten gesellschaftlichen
42 und vor allem öffentlichen Mitwirkung und Kontrolle.

43 **2. Ursachen der Kriminalität**

44 Bei der Wertung der sicherheitspolitischen Situation in Leipzig und den notwendigen
45 Schlussfolgerungen ist zu berücksichtigen, dass sich die realen und gesellschaftlichen
46 Ursachen für Kriminalität kaum von denen anderer sächsischer Großstädte wie
47 Chemnitz oder Dresden unterscheiden. Auch die Kriminalitätslagebilder differieren nur
48 gering. Das ergibt sich aus den im wesentlichen gleichen oder zumindest ähnlichen
49 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die wesentlich durch die von den bisherigen
50 CDU-geführten Landesregierungen zu verantworten sind. Allerdings gibt es zwischen
51 den genannten Städten erhebliche Unterschiede in der ökonomischen und sozialen
52 Lage. So hat sich Leipzig den traurigen Ruf als sächsische, ja als deutsche
53 Armutshauptstadt erworben. Das spiegelt sich u. a. in Folgendem wider:

- 54 • Die Armutsquote liegt in Leipzig mit 27 Prozent über der bundesdeutschen von
55 15 und der sächsischen von 20 Prozent.
- 56 • Weit über dem Durchschnitt ist in Leipzig die Armutsquote bei Kindern mit ca.
57 einem Drittel, während sie in Sachsen ein Viertel beträgt.
- 58 • Leipzig hat nach wie vor den vergleichsweise höchsten Stand an Arbeitslosigkeit
59 in Sachsen und einen hohen Sockel von Langzeitarbeitslosen, der sich z. T.
60 bereits auf die nächste Generation vererbt hat.

- 61 • Der Anteil derer, die in Leipzig ohne Abschluss die Schule verlassen, beträgt ca.
62 15 Prozent und markiert damit den negativsten Wert in Sachsen.
- 63 • Die mit der prekären Haushaltslage begründete Schließung von Kultur- und
64 Freizeitstätten sowie die Umsetzung fraglicher Konzepte in der Jugendhilfe
65 erwiesen sich als Irrweg mit bereits jetzt sichtbaren Folgeschäden.

66 **3. Grundsätze linker Ordnungs- und Sicherheitspolitik**

67 DIE LINKE geht nicht davon aus, dass Arbeitslosigkeit und Armut die Betroffenen
68 zwangsläufig in die Kriminalität führen. Aber erwiesen ist vom Grundsatz her: Prekäre
69 soziale Verhältnisse und insbesondere ungerechte Verteilungsstrukturen sind letztlich
70 ein Nährboden für Kriminalität. Dieses Bedingungsgefüge kann allein im Rahmen einer
71 Kommune nicht radikal aufgebrochen werden, zumal vor allem die wirtschaftlichen und
72 sozialen Rahmenbedingungen vom Land und noch mehr vom Bund gesetzt werden.
73 So lässt sich ein armutsfester Mindestlohn allein in Leipzig nicht verordnen oder Hartz
74 IV allein in einer Kommune abschaffen. Aber eine Bindung der Vergabe städtischer
75 Aufträge an die Zahlung Existenz sichernder Löhne ist möglich wird aber bislang zu
76 wenig praktiziert; und Leipzig müsste auch nicht sächsischer Spitzenreiter bei der
77 Verhängung von Sanktionen durch das Jobcenter sein, zumal damit der
78 Verfassungsgrundsatz der Existenzsicherung verletzt wird.

79 Der Kriminalität muss in erster Linie, vor allem durch die Veränderung sozialer
80 Rahmenbedingungen, entgegen gewirkt werden. Zunächst bedeutet das allerdings, die
81 Leipzigerinnen und Leipziger über die wirklichen Ursachen wachsender Kriminalität zu
82 informieren. Mit diesem Ansatz unterscheiden wir uns grundsätzlich von den
83 konservativen Kräften, die die Hauptursachen für Kriminalität nicht aus den objektiven
84 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ableiten, sondern auf subjektives Versagen
85 Einzelner oder bestenfalls bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zurückführen. Aus
86 dieser völlig anderen Sicherheitsphilosophie stoßen sie dann freilich nicht zur
87 Erkenntnis vor, dass ein Durchbruch beim Kriminalitätsabbau letztlich die Veränderung
88 der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Voraussetzung hat. Stattdessen solle vor allem
89 ein „härteres Durchgreifen“ zu mehr Sicherheit führen.

90 Konservative beklagen im Zusammenhang mit Ordnung und Sicherheit zudem einen
91 Werteverfall in unserer Gesellschaft. Sie gehen dabei natürlich von ihren

92 Wertvorstellungen aus, die allerdings mit den gewordenen Realitäten meist recht wenig
93 zu tun haben. Wer etwa an einem gegliederten Schulsystems, welches frühzeitig
94 aussortiert, festhält, wird kaum tragfähige Lösungen für die Probleme von heute und
95 morgen anbieten können.

96 Dennoch kommt auch DIE LINKE nicht an der Tatsache eines Werteverfalls vorbei,
97 wenngleich sich unsere Wertevorstellungen gravierend von denen der CDU
98 unterscheiden.

99 Wir setzen uns dafür ein

- 100 • dass zwischenmenschliche Beziehungen nicht weiter von einer „Macht-Geld-
101 Politik“ verdrängt werden,
- 102 • dass notwendige Solidarität nicht durch rücksichtslosen Egoismus ersetzt wird,
- 103 • dass wir uns mehr an Menschen aus den verschiedenen Lebensbereichen, die
104 sich durch eine humanistische Grundeinstellung auszeichnen, orientieren sollten,
- 105 • dass Achtung vor dem Leben und der Würde des Anderen oberstes Gebot ist,
- 106 • dass jegliche Formen von Gewaltlosigkeit bei Konfliktlösungen zu unterstützen
107 sind,
- 108 • dass unsere sensible Zuwendung vor allem Kindern, älteren und Menschen mit
109 Beeinträchtigungen und Personen mit Migrationshintergrund gelten muss und
- 110 • dass der Schutz des persönlichen Eigentums garantiert bleibt

111 Bürgernahe Polizei- und Ordnungskräfte betrachten wir als einen wichtigen Garant
112 dafür, dass sich Menschen in unserer Stadt wohl fühlen können. Die Polizei kann
113 jedoch das, was an sozialen Konflikten existiert, nicht im Nachhinein auflösen. Ebenso
114 wenig kann sie Fehlentwicklungen in Bildung und Erziehung beheben. Deshalb darf
115 Politik Polizei- und Ordnungskräfte nicht in die Rolle einer Reparaturkolonne für eigenes
116 Versagen drängen.

117 Polizei- und Ordnungskräfte stehen aus unserer Sicht nicht außerhalb unserer
118 Stadtgesellschaft. Sie sollten sich vor allem den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet
119 sehen und sich nicht politisch instrumentalisieren lassen. Wir unterstützen deren

120 Tätigkeit, soweit es um die Gewährleistung persönlicher und kommunaler Sicherheit,
121 um die Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten sowie die Verfolgung von
122 Straftäterinnen und Straftätern geht. Wir lehnen polizeiliches Handeln dann ab, sobald
123 dieses auf die „Lösung“ sozialer oder politischer Probleme zielt.

124 Vom Freistaat Sachsen erwarten wir, wesentlich aktiver für die persönliche Sicherheit
125 seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Das ist unabwendbarer Bestandteil der
126 Daseinsvorsorge. Stattdessen zieht sich die amtierende sächsische Staatsregierung
127 immer mehr aus dieser, ihrer Verantwortung zurück, indem Personal abgebaut und
128 auch in Leipzig das Netz von Polizeistützpunkten immer mehr ausgedünnt wird. Es
129 bleibt aus unserer Sicht dabei: Polizeiliche hoheitliche Aufgaben im Rahmen der
130 Gewährleistung von öffentlicher Ordnung und Sicherheit in der Kommune sowie bei der
131 Verbrechensaufklärung und der Kriminalitätskontrolle dürfen nicht auf private
132 Sicherheitsdienste übertragen werden. Persönliche Sicherheit darf nicht weiter zur
133 Ware und zur Zweiklassengesellschaft verkommen, die sich nur jene leisten können,
134 die über entsprechende Einkommen verfügen.

135 DIE LINKE appelliert an jede Leipzigerin und jeden Leipziger, selbst Courage zu zeigen
136 und sich vor allem für Hilfebedürftige einzusetzen. Deshalb treten wir gegen jegliche
137 Formen des Neofaschismus, Rassismus und Ausländerhass auf. Menschen, die wegen
138 ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert werden, erfahren unsere tätige
139 Solidarität. Jegliche individuelle Gewalt oder Selbstjustiz, aber auch den Missbrauch
140 staatlicher Gewalt, lehnen wir ab.

141 **4. Kommunalpolitische Lösungsvorschläge**

142 ***4.1. Prävention durch Schaffung besserer sozialer und kultureller Bedingungen***

143 Für DIE LINKE verstehen sich Ordnung und Sicherheit nicht als Fachressort, das
144 losgelöst von anderen Bereichen der Stadtgesellschaft betrachtet werden könnte.

145 Wir setzen uns ein für

- 146 • die Verbesserung der Wohnsituation für Jugendliche und junge Familien und
147 unterstützen dabei auch ausdrücklich alternative Wohnformen;
- 148 • die Aufwertung bislang benachteiligter Ortsteile;

- 149 • die stärkere Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Schule
150 und Ausbildung;
- 151 • ein größeres Gewicht des Erziehungsauftrages an Schulen;
- 152 • den Erhalt und die Neueinrichtung sowie die personelle Absicherung von
153 Freizeit- und Begegnungsstätten;
- 154 • die Unterstützung von Vereinen und Verbänden, insbesondere jenen, die in der
155 Selbsthilfe- und Opferberatung tätig sind;

156 **4.2. Prävention durch Berücksichtigung in der Stadtplanung und bei** 157 **Bauvorhaben**

158 Bislang wurden bei Stadtplanung und Bau Aspekte von Ordnung und Sicherheit viel zu
159 wenig beachtet. Das muss sich ändern.

160 Wir setzen uns ein für

- 161 • den Verzicht auf Monofunktionalität, um durch das Vorhandensein von
162 Wohnungen, Läden und anderen Gewerbeeinrichtungen die Anwesenheit von
163 Menschen zu unterschiedlichen Tageszeiten zu gewährleisten;
- 164 • die Vermeidung von funktionslosen städtischen Räumen durch Belebung von
165 Plätzen und verwahrlosten Brachflächen;
- 166 • den Verzicht auf verdeckte Zugänge, tote Winkel und Durchgänge, um die
167 Einsehbarkeit zu sichern;
- 168 • einen Verzicht von Videoüberwachung im öffentlichen Raum;
- 169 • die ausreichende Beleuchtung von Straßen und Haltestellen;
- 170 • die Ausdehnung des Winterdienstes auf Nebenstraßen;
- 171 • eine bessere Koordination und Sicherung von Baustellen:
- 172 • die Gestaltung von Eingangszonen und Grünanlagen in Wohngebieten.

173 **4.3. Polizeipräsenz und Einsatz von Bürgerpolizistinnen und Bürgerpolizisten**

174 Viele Bürgerinnen und Bürger beklagen zu Recht, dass die Polizeipräsenz in den
175 Ortsteilen abgenommen hat und viel zu lange Zeit vergeht, bevor Einsatzkräfte bei
176 Gefahr vor Ort eintreffen.

177 Wir setzen uns ein für

- 178 • die Rücknahme des Stellenkürzungsprogramms der sächsischen Polizei;
- 179 • die Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen aus der Tätigkeit von
180 Bürgerpolizistinnen und Bürgerpolizisten;
- 181 • die Schaffung weiterer Stellen von Bürgerpolizistinnen und Bürgerpolizisten unter
182 Beachtung von Ortsteilen mit Kriminalitätsschwerpunkten;
- 183 • die Erhöhung der Zahl der Polizeistreifenfahrten und Fußstreifen;
- 184 • den Erhalt von kriminalpolizeilichen Beratungsstellen mit verhaltensorientierten
185 und sicherheitstechnischen Angeboten;
- 186 • die Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

187 **4.4. Aktive Einbeziehung der Leipzigerinnen und Leipziger**

188 Wenn Leipzigerinnen und Leipziger das Bedürfnis nach mehr persönlicher und
189 öffentlicher Sicherheit besonders hoch ansiedeln, dann muss darauf auch mit ihrer
190 umfassenderen Einbeziehung in entsprechende Entscheidungsprozesse reagiert
191 werden.

192 Wir setzen uns ein für

- 193 • wesentlich mehr öffentliche Veranstaltungen und Debatten, wo Sicher-
194 heitsprobleme nicht nur angesprochen, sondern auch Lösungsvorschläge der
195 Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden,
- 196 • die Einbeziehung von mehr Vertreterinnen und Vertretern aus solchen Insti-
197 tutionen wie Stadtaltern- und Schülerrat, Obdachloseninitiativen, freie Träger aus
198 dem Sozial- und Jugendbereich in die Tätigkeit des Kriminalpräventiven Rates,
- 199 • die Bildung von Sicherheitsaktiven vor Ort, die bei den Stadtbezirksbeiräten
200 angebunden sein könnten und

- 201 • die Aufwertung der existierenden Schiedsstellen, damit sie noch mehr zur
202 Entlastung von Polizei und Justiz beitragen können.

203 **4.5. Erhöhung der persönlichen Sicherheit im Straßenverkehr**

204 Der Straßenverkehr hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, ohne dass
205 unsere Stadt darauf ausreichend vorbereitet gewesen wäre. Bei allen entsprechenden
206 Problemlagen muss es uns gelingen, die unterschiedlichen Interessen wenigstens
207 einigermaßen in Einklang zu bringen.

208 Wir setzen uns ein für

- 209 • mehr verkehrserzieherische Angebote in Kindertageseinrichtungen und Schulen,
210 • verstärkte Verkehrskontrollen, um Rowdytum, Raserei, Verantwortungslosigkeit
211 und Fahren unter Alkohol und anderen Drogen zurück zu drängen,
212 • die Senkung der Promillegrenze auf 0,0,
213 • die konsequente Ahndung von Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die
214 Blindenleitstreifen, Bordsteinabsenkungen und Radwege zuparken,
215 • die Förderung des Fahrradverkehrs durch den weiteren Ausbau des Wege-
216 netzes, um den Fahrradverkehr auf Fußwegen weitgehend auszuschließen und
217 • den Schutz von Fußgängerinnen und Fußgängern, insbesondere von Kindern
218 sowie älteren und Menschen mit Beeinträchtigungen.

219 **4.6. Entkriminalisierung des Drogenkonsums und Zurückdrängung der** 220 **Beschaffungskriminalität**

221 Der Umgang mit so genannten illegalen Drogen bewegt nach wie vor viele Menschen in
222 unserer Stadt. Das Thema wird vor allem von konservativen Kräften missbraucht, um
223 Betroffene zu kriminalisieren, anstatt Hilfebedürftige, einschließlich Alkohol- und andere
224 Suchtabhängige, zu unterstützen.

225 Wir setzen uns ein für

- 226 • einen sachgerechten Umgang mit diesem Thema durch fundierte Analysen mit
227 wissenschaftlicher Begleitung,

- 228 • den Ausbau des Netzes der Suchtprävention,
- 229 • die Unterstützung von Hilfe- und Beratungsinitiativen, darunter jenen mit
230 niederschweligen Angeboten und
- 231 • die Begleitung von Menschen nach Entwöhnungsbehandlungen bei der Suche
232 nach Wohnraum und Arbeit.
- 233 Die Einrichtung von Alkoholverbotzonen lehnt DIE LINKE ab.

1

1 Redaktion: Juliane Nagel, Marko Forberger, Holger Weidauer

2 **Entwurf der Drogen- und suchtpolitische Leitlinien der Partei DIE** 3 **LINKE. Stadtverband Leipzig**

4

5 **Einleitung**

6 Psychotrope Substanzen sind generell alle Wirkstoffe pflanzlicher, körpereigener oder
7 chemisch-synthetischer Herkunft, die das Zentralnervensystem von Lebewesen
8 beeinflussen, unabhängig davon, ob der Erwerb oder der Besitz dieser Substanzen
9 erlaubt oder verboten ist.

10 Sie sind seit jeher Begleiter vieler Menschen.

11 Wochenende für Wochenende besuchen zahlreiche Menschen Bars, Diskotheken und
12 Clubs oder Treffen sich zur Familienfeier in den eigenen vier Wänden, in denen neben
13 Tabak und Alkohol auch illegalisierte Drogen konsumiert werden.

14

15 Der Begriff Droge wird in der Gegenwart zumeist verengend für jene Stoffe
16 angewandt, deren Herstellung und Verbreitung verboten sind. Er wird undifferenziert
17 aus dem vom Menschen gesetzten Recht abgeleitet. Diese Verengung wiederum führt
18 zu der unrealen Aufteilung der psychotropen Substanzen in "Betäubungsmittel", den
19 illegalisierten Drogen, einerseits und "Genussmittel", den legale Drogen, andererseits.

20

21 **Sucht** ist keine ansteckende Krankheit. Sie wird nicht automatisch durch den Konsum
22 bestimmter Substanzen ausgelöst. Sucht kann verschiedene Ursachen haben. Das
23 Gefährdungspotential für den Menschen hinsichtlich einer möglichen Sucht liegt in der
24 psychosozialen Abhängigkeit von einem unrealen Lebensgefühl. Dieses scheinbar
25 übermächtige Bedürfnis, von dem Menschen psychisch und physisch abhängig werden
26 können und das sich auch auf Suchtmittel richten kann, heißt Sucht. Sucht als
27 behandlungsbedürftige Krankheit liegt vor, wenn sie eine Eigendynamik und
28 Zwanghaftigkeit annimmt, die den Einzelnen und die Einzelne nicht mehr frei
29 entscheiden lässt. In Verbindung mit Suchtmitteln heißt süchtiges Verhalten mit
30 Krankheitswert Suchtmittelabhängigkeit, d.h. der oder die Abhängige kann mit dem
31 Suchtmittel nicht mehr selbstentscheidend umgehen.

32 Abhängigkeit bezeichnet jenes Verlangen, das nach einer beständigen Wiederholung
33 der Einnahme stofflicher Suchtmittel oder von Verhaltensweisen im Zusammenspiel
34 mit nichtstofflichen Suchtmitteln, strebt, um Lustgefühle zu wecken oder aber
35 Schmerzen zu vermeiden. Kennzeichnend sind: Gewöhnung, Kontrollverlust und
36 Wiederholungsdrang.

37 **Grundsätze linker Drogen- und Suchtpolitik**

38

39 Die herrschende Bundes - wenn nicht gar globale - Drogenpolitik folgt dem Leitbild
40 einer drogenfreien Gesellschaft und trägt eine repressionsorientierte Handschrift. Die
41 Kriminalisierung von DrogengebraucherInnen, das Verbot bestimmter psychoaktiver
42 Substanzen und die Tabuisierung von realitätsbezogenen Rauscherfahrungen hat
43 jedoch fatale, vor allem gesundheitsschädigende Folgen. Menschen werden dadurch
44 daran gehindert, selbstbestimmt und verantwortungsvoll mit Drogen umzugehen.

45

46 DIE LINKE steht für eine emanzipatorische Drogen- und Suchtpolitik. Deren
47 Ausgangspunkt ist die Erkenntnis und Anerkennung, dass es eine drogenfreie
48 Gesellschaft nie gab, nicht gibt und auch nicht erstrebenswert ist.

49

50 Im Sinne eines wirkungsvollen Gesundheits- und Verbraucherschutzes fordert DIE
51 LINKE eine umfassende Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen und eine

2

1

52 Entkriminalisierung des Drogenkonsums an sich. Das schließt die langfristige
 53 Legalisierung der derzeit verbotenen Drogen ein. Legalisierung bedeutet
 54 Gesundheitsschutz, weil so der Schwarzmarktverkauf von verunreinigten Substanzen
 55 wirkungsvoll unterbunden und durch eine kontrollierte Abgabe in Apotheken oder
 56 zertifizierten Läden ersetzt werden kann. Legalisierung würde außerdem einer
 57 wirkungsvollen Aufklärungs- und Präventionsarbeit den Weg frei machen, die Konsum
 58 nicht verteufelt, sondern einen kompetenten und verantwortungsvollen Umgang mit
 59 diesem ermöglichen würde. Auch legale und gesellschaftliche akzeptierte Drogen, z.B.
 60 Alkohol und Nikotin, und Suchtverhalten in anderen gesellschaftlichen Bereichen, z.B.
 61 Spiel-, Kauf-, Esssucht, müssen Teil einer vorurteilsfreien Aufklärungsstrategie sein, die
 62 bereits im frühen Kindesalter ansetzt.

63
 64 Die kommunalen Spielräume für eine emanzipatorische Drogen- und Suchtpolitik
 65 unterliegen durch die Bundes- und Landesgesetzgebung einem engen Rahmen.
 66

67 **Drogen- und Suchtpolitik in der Kommune**

68 Im Mittelpunkt der kommunalen drogen- und suchtpolitischen Strategie der LINKEN in
 69 Leipzig steht die Nutzung der Spielräume vor allem im Aufklärungs-/ Präventions- und
 70 Hilfebereich.

71 Dabei zielen unsere politischen Ansätze auf die Schaffung von Voraussetzungen für ein
 72 selbstbestimmtes Leben, mit oder ohne psychoaktive Substanzen.

73 Drogenhilfe ist Teil der Suchthilfe und Bestandteil der Hilfe für Menschen, die durch
 74 den Konsum psychoaktiver Substanzen unter illegalen Bedingungen gefährdet,
 75 beeinträchtigt oder geschädigt sind. Suchthilfe wendet sich auch den legalen
 76 psychoaktiven Substanzen sowie nicht-stoffbezogenen Abhängigkeiten zu.

77 Kommunale Drogenhilfe sollte sozial- und gesundheitspolitisch motiviert und
 78 entsprechend fachlich begründet sein. Vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher
 79 Problemlagen, die aus dem Konsum psychoaktiver Substanzen unter illegalen
 80 Bedingungen erwachsen, muss die Drogenhilfe einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen.
 81 Darum ist sie in der Praxis mit dem Dilemma von Abhängigkeit und Krankheit vs.
 82 Kriminalisierung konfrontiert.

83 **Handlungsansätze**

84 Die LINKE Leipzig tritt im Interesse der KonsumentInnen für niedrigschwellige
 85 Hilfsangebote sowie eine humane Ausrichtung der drogenpolitischen Maßnahmen
 86 seitens der Stadt ein.
 87

88 Wobei die kommunale Drogenpolitik sich an den Schwerpunkten:

- 89
- 90 - Prävention
- 91 - Therapie und Beratung sowie
- 92 - Überlebenshilfe/ Schadensminimierung
- 93

94 orientieren soll.

95
 96 Die kommunale Drogenpolitik kann nur in der Zusammenarbeit aller mit der
 97 Problematik befassten Bereiche auf Bundes- und Landesebene, der Krankenkassen,
 98 der Rentenversicherung, des Jobcenters, der Wohlfahrtsverbände, Vereine und
 99 Verbände, Interessensvertretungen von KonsumentInnen, der Universitäten und
 100 Hochschulbereiche und anderer Institutionen und auch der Polizeidirektion erreicht
 101 werden.
 102

103 Wichtig für eine wirksame kommunalen Drogenpolitik ist ein abgestimmtes Vorgehen
 104 zwischen Stadt und Polizeidirektion, wobei aber streng darauf geachtet werden muss,
 105 dass die kommunalen Aufgaben Prävention, Therapie, Beratung und Überlebenshilfe
 106 nicht für die polizeiliche Ermittlungsarbeit gegen DrogenkonsumentInnen missbraucht
 107 werden, die die Hilfsangebote der Kommune in Anspruch nehmen. Einrichtungen der
 108 Drogenhilfe und SozialarbeiterInnen sind keine HilfspolizistInnen.

109

110 **Prävention**

111 Präventionsmaßnahmen müssen grundsätzlich das Ziel haben, Lebens- und
 112 Alltagskompetenzen im Umgang mit potentieller Abhängigkeit zu stärken.
 113 Gesundheitsprävention im Zusammenhang mit Drogenkonsum zielt zum einen auf die
 114 Vermeidung eines Abhängigkeitssyndroms, zum anderen aber auch auf die
 115 Verringerung der Risiken für gesundheitliche Folgeschäden.

116

117 Drogenkonsum ist gerade auch ein Phänomen, das Jugendliche tangiert, da diese in
 118 ihrer Entwicklungsphase bestrebt sind, Neues zu entdecken und Erfahrungen zu
 119 sammeln. Hier bedeutet Prävention auch Intervention, um die Herausbildung
 120 gesundheitsschädlicher Konsummuster zu vermeiden.

121

122 Die verschiedenen Drogen, Konsummuster und -kontexte bergen auch
 123 unterschiedliche gesundheitliche Risiken in sich. Prävention soll daher differenziert
 124 und zielgruppenspezifisch ausgerichtet sein.

125

126 Der Erhaltung und Weiterentwicklung der gesundheitspräventiven Angebote,
 127 insbesondere deren fachübergreifende Vernetzung und der Absicherung der
 128 Flächendeckung gilt unser Augenmerk.

129

- 130 - Die Arbeitsweise und Wirkung des bestehenden Hilfesystems ist in geeigneter Form
 131 zu evaluieren, weiterzuentwickeln und zu qualifizieren. Innovative
 132 Arbeitsmethoden, wie z.B. das Case Management, sind fester Bestandteil des
 133 Suchthilfesystems. Es muss der Gefahr vorgebeugt werden, dass das
 134 Hilfesystem am realen Bedarf vorbei agiert.
- 135 - Der gesundheitspräventiven Arbeit soll neben den einschlägigen Hilfsangeboten
 136 zukünftig in allen lebensnahen Bereichen von Kindern, Jugendlichen und
 137 Erwachsenen ein größeres Schwergewicht verliehen werden.
- 138 - Repressionen und beherrschende "Zeigefingerpädagogik" sind dabei ungeeignete Mittel,
 139 um junge Menschen zu erreichen. Präventionsarbeit muss die Förderung von
 140 Lebenskompetenzen, Konfliktbewältigung und Handlungsstrategien in den
 141 Mittelpunkt ganzheitlicher sowie interdisziplinärer Präventionskonzepte stellen.
 142 Die LINKE Leipzig unterstützt Modelle der Gesundheitsprävention mit dem
 143 Ansatz der 'PEER- EDUCATION' und der Drogenmündigkeit.
- 144 - Maßnahmen der Frühintervention und Ausstiegshilfen bei riskantem Drogengebrauch
 145 sind im Sinne der sekundären Prävention zu etablieren und zu intensivieren.
- 146 - Die erreichte Vernetzung in Leipzig ist weiter zu verstärken und zu qualifizieren. Die
 147 Umsetzung bestehender Präventionskonzepte muss durch autorisierte und
 148 koordinierende Strukturen langfristig gesichert werden.
- 149 - Für kontinuierliche Gesundheitspräventionsarbeit an Schulen sind die Leistungen
 150 von Ämtern und Freien Trägern im Jugendhilfebereich festzuschreiben und
 151 fachübergreifender gesundheits-/ suchtpreventiver Unterricht in allen Schulen
 152 der Stadt Leipzig einzuführen.
- 153 - Es ist notwendig, die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften wie LehrerInnen,
 154 ErzieherInnen, PsychologInnen, MedizinerInnen und SozialpädagogInnen
 155 hinsichtlich moderner Konzeptionen der primären Suchtprevention zu
 156 qualifizieren.

157

158 **Therapie und Beratung**

160 Vorrangiges Ziel muss es sein, Menschen, die für sich entschieden haben, eine
161 Therapie in Anspruch nehmen zu wollen, dies auch zu ermöglichen. Darüber hinaus ist
162 es wichtig, DrogenkonsumentInnen zu erreichen, bevor sie gesundheitsschädigende
163 Konsummuster oder ein Abhängigkeitssyndrom entwickeln. Dabei darf Alter und Grad
164 der Abhängigkeit keine Rolle spielen.

165 Ebenso sind niedrigschwellige Angebote erforderlich, um den DrogenkonsumentInnen
166 ohne Cleanmotivation in ihrem Lebensumfeld zu helfen und sie dann über
167 lebenspraktische Angebote wie medizinische Hilfe, Spritzentausch, Streetwork und
168 Beratung zu erreichen.

169
170 Für Abhängige mit problematischem Drogenkonsum müssen im Rahmen der
171 ambulanten oder stationären Betreuung Therapieangebote vorgehalten werden, die zu
172 einem selbstbestimmten motivieren und befähigen und gesellschaftliche Teilhabe
173 sichern.

174 175 **DIE LINKE Leipzig setzt sich ein für:**

176
177 Ambulante Betreuung für Menschen mit problematischem Konsum

- 178
179 - das Vorhalten niedrigschwelliger Angebote mit unkompliziertem Zugang, bzw. als
180 aufsuchende Straßensozialarbeit mit auf den Bedarf ausgerichteten
181 Lebenshilfeangeboten, wie qualifizierter ärztlicher Hilfe und die Schaffung von
182 Möglichkeiten ambulanter Therapie, sowie Ausbau von Angeboten zum Erlernen
183 kontrollierten Konsums.
184 - den Erhalt und Ausbau stadtteilnaher Anlaufstellen der ambulanten
185 Suchtkrankenhilfe in Zusammenarbeit mit freien Trägern, dem Gesundheitsamt und
186 dem Amt für Jugend, Familie und Bildung und deren adäquate personelle
187 Ausstattung (die Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. empfiehlt
188 hier einen Versorgungsgrad von 1 MitarbeiterIn : 20.000 EinwohnerInnen)
189 - die Beibehaltung des hohen Niveaus der Arbeit von Schwerpunkteinrichtungen zur
190 Krisenbewältigung mit Beratung, Begleitung, Überlebenshilfe, Zugang zur ärztlichen
191 Betreuung einschließlich der Substitution

192
193 Stationäre Betreuung für Menschen mit problematischen Konsum

- 194
195 - die Bestandserhaltung und den Ausbau der in Leipzig vorgehaltenen psychiatrischen
196 Abteilungen in den Krankenhäusern und der Fachklinik für Alkohol- und
197 Medikamentenmissbrauch.
198 - den Auf- und Ausbau niedrigschwelliger Ausstiegshilfen

199
200
201 Komplementäre Angebote

- 202
203 - den Erhalt und die Stabilisierung von komplementären Angeboten zur Förderung
204 der sozialen und Lebenskompetenzen

205 206 **Überlebenshilfe/ Schadensminimierung**

207 Die meisten Gesundheitsschäden entstehen bei den DrogenkonsumentInnen nicht
208 durch den Drogenkonsum an sich, sondern durch die, zumeist durch Kriminalisierung
209 verursachten und den Drogenkonsum begleitenden Umstände: verunreinigte Spritzen,
210 zum großen Teil gesundheitsgefährdende Streckmittel und Zusatzstoffe, die den
211 Drogen beigemischt werden, und soziale Marginalisierung.

213 Neben der schon erwähnten niedrighschwelligem medizinischen Hilfe tritt die LINKE
214 Leipzig für weitere, die Therapie begleitende, ergänzende, aber auch ersetzende
215 Maßnahmen zur Überlebenshilfe und Gesundheitsfürsorge ein.

218 **DIE LINKE Leipzig setzt sich ein für:**

220 **- Maßnahmen zur Schadensreduzierung**

221 Das Konzept der Schadensminimierung („harm reduction“) zielt auf die Abnahme der
222 mit riskantem Drogenkonsum verbundenen Risiken und Gesundheitsgefährdungen ab.
223 Diese bedingungslosen und leicht zugänglichen Maßnahmen haben vor allem
224 individuelle aber auch gesellschaftliche Effekte. Spritzentausch, Kondomausgabe,
225 Hygieneartikel, vor allem aber die Vermittlung in weiterführenden Hilfeangebote haben
226 für die Betroffenen einen individuellen Nutzen, aber auch einen
227 gesamtgesellschaftlichen Effekt.

228 In Leipzig gewährleisten vor allem Angebote der Straßensozialarbeit Angebote der
229 Schadensminimierung. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau solcher
230 schadensminimierender Angebote als Basis-Hilfe-Angebote ein.

231 **- Gesundheitsräume/ Drogenkonsumräume als Überlebenshilfe gegen HIV
232 und Hepatitis C**

234 Konsumräume sind alltagsorientierte, niedrighschwellige Angebote zur Überlebenshilfe
235 und schaffen neben den erforderlichen hygienischen Bedingungen beim
236 Drogenkonsum einen Einstieg zu den Angeboten der Suchthilfe.
237 Dadurch werden entstehende Infektionen wie HIV, Hepatitis, Abszesse und
238 Blutvergiftungen verhindert. Außerdem lassen sich in Konsumräumen Todesfälle durch
239 versehentliche Überdosierung reduzieren.

240 Eine wichtige Funktion von Gesundheitsräumen ist die Entspannung an sozialen
241 Brennpunkten der Stadt. Die Verunreinigung und die damit verbundene
242 Infektionsgefahr durch Spritzen und spezifischem Drogenmüll auf Kinderspielplätzen
243 und in Parkanlagen wird deutlich vermindert. Zwar wird die Schaffung von
244 Konsumräumen eine Konzentration von Abhängigen im Umfeld nach sich ziehen. Dies
245 ist aber ordnungspolitisch durchaus gewollt, das Geschehen kann so in die
246 kontrollierten und geschützten Räume verlagert werden.

247 Die Stadt Leipzig kann diese Maßnahme im Moment nicht umsetzen, da die
248 gesetzlichen Grundlagen dies verhindern. Zwar wurden mit der Änderung des
249 Betäubungsmittelgesetzes vom 1. April 2000 die Landesregierungen ermächtigt,
250 durch Rechtsvorschrift die Voraussetzung für die Erteilung einer Erlaubnis für den
251 Betrieb von Drogenkonsumräume zu regeln. Dies ist im Freistaat aber bisher noch
252 nicht umgesetzt worden.

253 Die LINKE Leipzig fordert daher die Stadt Leipzig auf, sich bei der Landesregierung
254 Sachsen dafür einzusetzen diese Rechtsvorschrift zu erlassen.

256 **- Drug-Checking**

258 Drug-Checking ist eine Interventionsstrategie zur Erhaltung der Gesundheit. Durch die
259 Veröffentlichung der Laboranalysen von auf dem Schwarzmarkt erhältlichen Drogen ist
260 es den DrogengebraucherInnen möglich, die mitunter deutlich unterschiedlichen
261 Wirkungsweisen der in den Drogen enthaltenen Substanzen abzuschätzen, dadurch
262 gefährliche Überdosierungen zu vermeiden und den Konsum lebensgefährlicher
263 Streckmittel zu verhindern.

11
264 Auch das Drug-Checking kann aufgrund der gesetzlichen Vorschriften in Leipzig
265 derzeit nicht angeboten werden. Die LINKE Leipzig fordert deshalb die
266 Bundestagsfraktion auf, sich für eine entsprechende Gesetzesinitiative einzusetzen.
267

268

269 - **Substitutionsangebote**

270

271 Die Linke Leipzig begrüßt Substitutionsangebote, mit denen unter ärztlicher Aufsicht
272 Ersatzstoffe an Menschen mit schwerster Opioid-Abhängigkeit ausgereicht werden. Die
273 Zahl der substituierenden MedizinerInnen ist rückläufig. ÄrztInnen haben oftmals zu
274 geringe Anreize, eine Substitutionsbehandlung anzubieten, da ein geringer Verdienst
275 einem hohen Aufwand entgegensteht. DIE LINKE Leipzig unterstützt landespolitische
276 Bemühungen der Landtagsfraktion, die diamorphingestützte Substitution aus
277 gesundheitspolitischen Gründen zu ermöglichen und der Methadon-Substitution zu
278 bevorzugen.

279

280 Die Ziele der Substitutionsangebote sind:

281

- 282 ·Verminderung/Verhinderung von Folgeerkrankungen
- 283 ·Entkriminalisierung/Verminderung von (eventueller) Beschaffungskriminalität
- 284 ·finanzielle Stabilisierung
- 285 ·Sicherung der Wohnversorgung
- 286 ·Wiedereinstieg in das (Berufs)Leben bzw. Sicherung des Arbeitsplatzes
- 287 ·Erleichterung des Ausstiegs aus dem Umfeld Opiate konsumierender
288 DrogengebraucherInnen
- 289 ·Verhinderung von Überdosierungen oder Schädigungen

290

Leipzig, den 10. Mai 2013

Kandidatur für den Stadtvorstand von Adam Bednarsky

- 33 Jahre alt (1 Kind)
- z.Z. Doktorand
- Sprecher der sächsischen LAG Sport
- ehrenamtlicher Geschäftsführer von Roter Stern Leipzig
- politische Themen: u.a. Antidiskriminierung, Sport(-politik)



Liebe Delegiertinnen und Delegierte des Stadtparteitages,

für die geplante Nachwahl eines Mitgliedes des Stadtvorstandes auf der 3. Tagung des 3. Stadtparteitages möchte mich hiermit zur Wahl stellen.

Ich bin 33 Jahre alt und lebe mit meiner Partnerin Claudia und unserem Sohn Georg im Leipziger Süden. An der Universität Leipzig habe ich Politikwissenschaften und Geschichte studiert. Seit 2009 promoviere ich als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema (Anti-)Diskriminierung im sächsischen Amateurfußball.

Seit nahezu zwei Jahrzehnten bin ich politisch in linken Organisationen engagiert. Kurz nach den gesellschaftlichen Umbrüchen der (Nach-)Wendezeit fand ich im Alter von 14 Jahren über die damalige *Jugendorganisation Offensive in und bei der PDS* im Leipziger Stadtverband Anschluss an unsere Partei, in der ich seit meinem 16. Geburtstag Mitglied bin. In den 1990er Jahren war ich parteiintern vor allem jugendpolitisch aktiv.

Mit der Gründung des antifaschistischen Sportprojektes *Roter Stern Leipzig '99 e.V.* im Jahr 1999 verschob sich das Hauptaugenmerk meines politischen Engagements. Dieses Projekt hat sich in den letzten Jahren zu einer bundesweit bekannten und erfolgreichen Alternative im Amateurfußball entwickelt. In diesem Verein sind mittlerweile 600 Mitglieder (darunter 200 Kinder und Jugendliche) aktiv, ich bin hier als ehrenamtlicher Geschäftsführer tätig.

Zukünftig möchte ich mich wieder stärker direkt im Stadtverband unserer Partei einbringen. Nach großen Erfolgen der LINKEN im Zuge des Parteineubildungsprozesses bei der Bundestagswahl 2009 lagen und liegen nunmehr die *Mühen der Ebene* vor uns. Diese sind u.a. geprägt durch die inhaltlichen Debatten und Auseinandersetzungen über den erfolgreichen Kurs der Partei. Dieses Land benötigt unstrittig eine starke linke politische Kraft. Bei der Bewältigung dieser Herausforderung möchte ich mit meinen gesammelten politischen Erfahrungen dazu beitragen, dass wir mit unseren Ideen und Zielen auch in Leipzig noch mehr Menschen erreichen.

Die Grundlagen für zukünftige Erfolge werden vor allem auch auf kommunaler Ebene gelegt. Hier möchte ich mit meinen vielfältigen Organisationserfahrungen speziell im Bereich der Sport(-politik) sowie im Bereich der Gleichstellungspolitik wirken. In den vergangenen Jahren habe ich bei der Lösung zahlreicher politischer und infrastruktureller Aufgaben in meiner ehrenamtlichen Arbeit viel Pragmatismus und Realismus benötigt, und konnte mir andererseits meinen linken Idealismus erhalten.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, auf dem Stadtparteitag Euer Vertrauen zu erhalten.

Adam Bednarsky

Liebe Genossinnen und Genossen,

für den freien Platz im Stadtvorstand möchte ich auf dem nächsten Stadtparteitag kandidieren.



Persönliches:

- Name: Susanne Scheidereiter
- Geburtstag/ - ort: 11.11.1977 in Oschatz
- Abitur 1996 Schwerpunkt Naturwissenschaften
- Studium an der Universität Leipzig: Lehramt Deutsch/ Ethik- Philosophie
- politisch aktiv in der Linken StudentInnengruppe LSG
- 2005 - 2008 Referendariat in Leipzig (Mittelschule) mit Babypause (Tochter Lilli)
- seit 2008 als Lehrerin tätig
- Mitgliedschaft in GEW
- 2008 Mitgliedschaft bei AG LISA

Politische Felder:

Bildung/ Schulen/ Kitas/

Schulsystemkritikerin durch Erfahrung
Problematik Kindergartenplätze
Finanzierung Jugendhilfe/ ASD

Kommunikation

parteiinterne Strukturen/ AG- Vernetzung
aggressionsfreie, progressive Sprache
offene Diskussionsformen stärken

Feministische Politik

Lohngerechtigkeit, Reproduktion, gendersensible Sprache,
Gewalt an Frauen und Kindern, Asylpolitik, Friedenspolitik

Wohnen/ Stadtentwicklung in Leipzig

bezahlbarer (gesunder und schöner) Wohnraum für alle
Gentrifizierung
Umweltpolitik

Motivation für meine Kandidatur:

Politisch aktiv, vor allem im außerparlamentarischen Bereich, bin ich seit 1997. Zur AG Lisa im Leipziger Stadtverband kam ich im Jahr 2008 und arbeite seit dem dort mit. Ebenfalls kandidierte ich in diesem Jahr für DIE LINKE bei der Kommunalwahl in Leipzig.

Am 1. Mai 2013 trat ich in die Partei DIE LINKE ein, um nicht mehr nur als Sympathisantin die Politik der Partei zu begleiten. Ich möchte gern innerhalb und mit der Partei für unsere Inhalte streiten und den Leipziger Stadtverband konstruktiv mitgestalten.

Ich denke, unserer Partei stehen in der nächsten Zeit wichtige Aufgaben bevor: wir haben verschiedene Wahlen zu meistern und ebenso haben wir uns intensiv mit der Verbesserung unserer Mitgliederstruktur zu beschäftigen. Zudem gilt es, als Partei die Entwicklung unserer Stadt aktiv und kritisch mitzugestalten. Unsere Ziele können wir erreichen, wenn wir vorhandene Ressourcen effektiv nutzen, innovativ denken und Menschen begeistern.